



Wohnsitzverlagerung ins Ausland

Steuerparadies gesucht

Von Professor Dr. Bader

Mit dem Wegzug ins Ausland endet bekanntlich die inländische Steuerpflicht noch lange nicht. Bei einer steuerlich motivierten Wohnsitzverlegung sollte erreicht werden, dass künftige Einkünfte nur noch im Ausland und nicht mehr in Deutschland steuerpflichtig sind.

IM LETZTEN JAHR HABEN über 150.000 Deutsche ihrer Heimat den Rücken gekehrt*. Neben der Abenteuerlust sind es bei den meisten Auswanderern vor allem bessere Berufschancen und finanzielle Anreize, die sie zum Wegzug ins Ausland motivieren. Durch die Medien bekannt

sind vor allem Sportler und andere vermögende Personen, die ihren Wohnsitz ins niedrig besteuerte Ausland wie Monaco oder die Schweiz verlegen. So will man der relativ hohen deutschen Besteuerung entgehen. Aber auch Ruheständler zieht es im Alter zunehmend ins Ausland, sei es, um dem deutschen Wetter zu entkommen oder das Auskommen mit der Rente bei niedrigeren Lebenshaltungskosten zu sichern.

Wohnsitzverlegung

Ist die Entscheidung für ein Land gefallen, müsste für eine steuerlich wirksame Wohnsitzverlagerung zunächst der inländische Wohnsitz und der gewöhnliche Aufenthalt in Deutschland (D) aufgegeben werden. Denkbar ist auch der Fall des Dauerreisenden („Perpetual Traveler“). Dieser möchte nirgends einen festen Wohnsitz begründen und hält sich

deswegen ständig in verschiedenen Ländern auf (beispielsweise Weltreise mit diversen Hotelaufenthalten oder per Segelschiff, Yacht, Wohnmobil).

Zur Aufgabe des deutschen Wohnsitzes müssen mindestens die folgenden steuerrechtlichen Anknüpfungspunkte gekappt werden:

- Innehaben einer Wohnung
- Beibehaltung einer Wohnung
- Benutzung einer Wohnung

Dies kann beispielsweise erreicht werden durch Kündigung der Mietwohnung, durch Verkauf oder dauerhafte Vermietung des Eigenheims. Für das Finanzamt muss ein langfristiges Wegbleiben erkennbar sein. Von daher ist eine Vermietung auf Zeit und auch das bloße Leerstehen des Wohnhauses oder der Eigentumswohnung kritisch anzusehen. Bei Verheirateten kommt erschwerend hinzu, dass die Familie, also der Ehepartner und die schulpflichtigen Kinder, ebenso ins Ausland mitziehen müssen, denn der wegziehende Steuerpflichtige hat seinen Wohnsitz generell dort, wo seine Familie lebt. Etwas anderes kann nur für dauernd Getrennte oder Geschiedene gelten.

Damit kein gewöhnlicher Aufenthalt nach § 9 Abgabenordnung (AO) vorliegt, müssen die äußeren Umstände erkennen lassen, dass man nicht im Inland verweilen oder dorthin zurückkehren möchte. Vorsicht ist beispielsweise bei einer Wohnmöglichkeit zur gelegentlichen Nutzung bei Verwandten oder Freunden in Deutschland geboten. Denn eine solche „Zweitwohnung“ darf nur unregelmäßig und nur recht kurz bewohnt werden (bis zu sechs Wochen laut Bundesfinanzhof). Ausnahmen, bei denen die Sechsmonatsfrist nicht gilt, sind Besuchs-, Erholungs- und Kuraufenthalte sowie unfallbedingte

Krankenhausaufenthalte. Allerdings dürfen diese Aufenthalte dann nicht länger als ein Jahr dauern.

Ein Doppelwohnsitz ist grundsätzlich unproblematisch, wenn zwischen dem neuen Wohnsitzstaat und Deutschland ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) besteht. Hier kommt es für die Besteuerungsfolgen aber darauf an, dass der Umziehende seinen persönlichen und wirtschaftlichen Lebensmittelpunkt im Ausland hat. Im Fall der Schweiz ist jedoch eine Nebenwohnung in Deutschland auf jeden Fall steuerlich schädlich, da es hier für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren zur sogenannten „überdachenden Besteuerung“ nach Art. 4 Absatz 3 DBA-Schweiz kommt.

Entstrickungsbesteuerung

Über einem zumal steuerlich motivierten Wohnsitzwechsel hängt immer das Damokles-Schwert der sogenannten Entstrickungsbesteuerung: Denn wenn der Besteuerungszugriff des deutschen Fiskus endet, müssen die stillen Reserven im Betriebsvermögen (einschließlich Firmenwert) durch einen fiktiven Entnahme- oder Veräußerungsvorgang in der Regel aufgedeckt und versteuert werden. Die Entstrickung greift unabhängig davon, ob der deutsche Steuerpflichtige in eine Steueroase oder ein Hochsteuerland umzieht. Solche stillen Reserven resultieren aus Wirtschaftsgütern, die zu einem inländischen Betriebsvermögen gehören, oder aus wesentlichen Beteiligungen an einer Kapitalgesellschaft.

Entstrickung von inländischem Betriebsvermögen

Bei inländischem Betriebsvermögen kommt es wegen der ab 2006 neu geschaffenen gesetzlichen Regelung nach §

Dr. Axel Bader



Professor Dr. Axel Bader lehrt Internationale Steuerlehre und Rechnungslegung an der Fachhochschule Ingolstadt und ist daneben als Steuerberater in eigener Praxis in München tätig.

4 Absatz 1 Satz 3 in Verbindung mit § 16 Absatz 3 Einkommensteuergesetz (EStG) bei Wegzug des Betriebsinhabers zu einer automatischen Betriebsaufgabe oder fiktiven Entnahmehandlung und sofortigen Besteuerung der Differenz zwischen Verkehrs- und Buchwerten im Inland. Betroffen sind beispielsweise Freiberufler, gewerbliche Einzelunternehmer oder Beteiligte an einer Personengesellschaft. Zu den dadurch aufgedeckten stillen Reserven zählt unter anderem der selbst geschaffene Firmenwert. Diese Entstrickungsregelung greift insbesondere dann, wenn der Betrieb sozusagen am Betriebsinhaber „klebt“, wie das typischerweise bei Freiberuflern oder gewerblichen Einzelunternehmern der Fall ist, und keine inländische Betriebsstätte beibehalten wird. Der potenzielle Entstrickungsgewinn errechnet sich dann aus der Kapitalisierung des durchschnittlichen Betriebsgewinns abzüglich eines kalkulatorischen Unternehmerlohns.

Jedoch greift die Entstrickungsbesteuerung nur, wenn nach dem Wegzug in Deutschland keine Betriebsstätte aufrecht erhalten wird. Bei Betriebsfortführung im Inland, sei es durch einen ständigen Vertreter oder in Form einer Personengesellschaft, fällt diese mit ihren inländischen gewerblichen Einkünften unter die beschränkte Einkommensteuerpflicht gemäß § 49 Absatz 1 Nr. 2a EStG. Aus diesem Grund ist die Fortführung einer Betriebsstätte im Inland in Form eines ständigen Vertreters oder die Umwandlung in eine Personengesellschaft (GmbH & Co. KG) in Erwägung zu ziehen.

Wegzugsbesteuerung nach Außensteuergesetz

Anteile an inländischen und seit 2007 auch an ausländischen Kapitalgesellschaften unterliegen der sogenannten Wegzugsbesteuerung nach § 6 Außensteuergesetz (AStG) sofern der Steuerpflichtige innerhalb der letzten fünf Jahre vor Wegzug zu mindestens einem Prozent beteiligt war. Steuerpflichtig ist ein fiktiver Veräußerungsgewinn aus der Differenz zwischen gemeinem Wert (Ver-

Manche Länder in Europa gewähren steuerliche Anreize:

Keine Einkommensteuer	Andorra, Campione d'Italia, Kanalinsel Sark, Monaco
Niedrige Steuersätze (<25%)	Gibraltar; Isle of Man, Liechtenstein, Kanalinseln (Alderney, Guernsey, Jersey), Lettland, Slowakei, Schweiz (kantonsabhängig) mit Büsingen
Steuerbegünstigung für bestimmte Einkünfte und Zuzügler	Estland (Künstler, Sportler); Irland (Künstler; Patentverwertung); Malta
Nichtbesteuerung im Ausland erzielter Kapitalerträge	Großbritannien, Irland, Malta, Zypern (sog. Remittance-Besteuerung)
Günstige Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte	Slowenien (0%); Luxemburg (10%);
Keine Erbschaftsteuer	Lettland; Malta; Österreich (ab 2008); Portugal; Schweden; Slowakei; Schweiz (kantonsabhängig); Zypern

* Quelle: Statistisches Bundesamt

kehrswert) und den historischen Anschaffungskosten der Anteile in Höhe von 50 Prozent (ab 2009 60 Prozent). Die Besteuerung erfolgt, ohne dass entsprechende Geldmittel zugeflossen sind. Beim Umzug in ein Land der Europäischen Union (EU) oder des Europäischen Wirtschaftsraums erfolgt die deutsche Besteuerung allerdings aufgrund der Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) erst, wenn die Anteile tatsächlich veräußert oder in eine andere Gesellschaft eingelegt werden. Gleiches gilt, wenn der Wegziehende aus dem neuen Domizil nochmals in ein Nicht-EU-Land weiterziehen sollte, § 6 Absatz 5 Außensteuergesetz (AStG). Im Jahr des Wegzugs soll zwar die mögliche Steuer festgesetzt werden, diese wird jedoch in den EU-Fällen zeitlich unbegrenzt, zinslos und ohne Sicherheitsleistung gestundet. Verkauft der Wegzügler dann später im (EU-)Ausland die Anteile, kann es zu einer nochmaligen Besteuerung der stillen Reserven im neuen Wohnsitzstaat kommen, falls dieser nicht an die Wertverhältnisse der Anteile im Zeitpunkt des Zuzugs anknüpft. Diese Probleme sind leider nur unzureichend in den entsprechenden DBA geregelt.

Als Gestaltungsmaßnahme bietet sich an, die Anteile vor Wegzug an Familienangehörige in Form einer vorweggenommenen Erbfolge zu übertragen – beispielsweise auch unter Nießbrauchsvorbehalt oder gegen eine Leibrente. Bei einer Rückkehr nach Deutschland innerhalb von fünf Jahren oder innerhalb von zehn Jahren bei beruflich veranlasstem Auslandsaufenthalt zeigt sich der Fiskus sogar großzügig. Die Wegzugs-Besteuerung auf die Anteile entfällt rückwirkend und die entrichtete Steuer wird nach § 6 Abs. 3 AStG erstattet.

Verbleibende Steuerpflicht in Deutschland

Ein wesentliches Ziel der steuerlich motivierten Wohnsitzverlegung wird sein, dass künftige Einkünfte nur noch im Ausland und nicht mehr in Deutschland steuerpflichtig sind. Da in den meisten Fällen mit dem neuen Wohnsitzstaat ein DBA existiert, wird das deutsche (beschränkte) Besteuerungsrecht zugunsten des neuen Domizilstaats zurückgedrängt. Deutschland hat nach den entsprechenden DBA-Spielregeln ein Besteuerungsrecht in der Regel nur noch für die nachfolgenden Fälle:

- Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit als Anwalt, Unternehmensberater, Schriftsteller usw., falls in Deutschland ein festes Büro existiert

- Miet- und Pachtzahlungen aus deutschen Immobilien einschließlich Veräußerungsgewinne innerhalb der Zehn-Jahresfrist
- Beteiligungseinkünfte aus gewerblichen Personen- und Fondsgesellschaften einschließlich der Veräußerungsgewinne
- Beamtenpensionen, da Betriebsrenten wie auch gesetzliche und private Leibrenten, nach DBA-Regeln meist im Wohnsitzstaat zu besteuern sind (Ausnahme beispielsweise Österreich)

Eine Steuerfalle droht bei den sogenannten Riester-Renten: Bei Wohnsitzwechsel ins Ausland sind die gewährten Zulagen und Steuervergünstigungen zurückzahlen. Die Rückzahlungssumme kann bis zum Rentenbeginn gestundet werden.

Gestaltungsmaßnahmen

So kann die Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen beispielsweise mit Zerobonds in den Zeitpunkt nach dem Wegzug verlagert werden, da bei diesen die Zinsen nicht laufend, sondern geballt in einem Betrag am Ende der Laufzeit zufließen. Positive Einkünfte aus Vermietung deutscher Immobilien lassen sich durch eine entsprechend hohe Fremdfinanzierung und Abschreibungen reduzieren. Das freie Eigenkapital könnte dann gezielt in ausländischem (Kapital-) Vermögen angelegt werden. Inländische Immobilien können auch gegen eine Leibrente veräußert werden. Anders als bei einer Miete steht das Besteuerungsrecht dann nicht Deutschland, sondern regelmäßig dem neuen Wohnsitzstaat zu.

Bei den sogenannten Rürup-Renten sind die durch den Sonderausgabenabzug bereits geltend gemachten Steuervorteile nicht rückzahlungspflichtig. Die Besteuerung der ausgezahlten Rürup-Rente erfolgt aber nach den Regeln des entsprechenden DBA grundsätzlich nur im neuen Wohnsitzstaat. Dagegen sträubt sich natürlich der deutsche Fiskus. Daher sollen die DBA dahingehend geändert werden, dass Deutschland das Besteuerungsrecht für Alterseinkünfte erhält, wenn die zugrunde liegenden Altersvorsorgeaufwendungen in Deutschland abziehbar waren.

Fazit

Das ideale neue Domizil aus steuerlichen Gesichtspunkten wird ein Land sein, das nach seinen nationalen Steuergesetzen lediglich territoriales, also in dem betreffenden Land selbst erwirtschaftetes Ein-

kommen besteuert. Das nach DBA-Recht an sich steuerpflichtige, exterritoriale Einkommen aus deutschen oder anderen ausländischen Quellen (wie Zinsen und Renten) kann dann ganz legal steuerfrei zufließen. Denn zum einen ist es von der nationalen Besteuerung freigestellt und zum anderen unterliegt es in Deutschland keiner beschränkten Steuerpflicht. Solche paradiesischen Zustände kennen beispielsweise Malaysia, die Philippinen oder Uruguay, die mit speziellen sogenannten „Retirement-Programmen“ ausländisches Einkommen von Zuzüglern generell von einer nationalen Besteuerung freistellen und zudem einen DBA-Schutz mit Deutschland gewähren. Aber auch europäische Länder wie Großbritannien, Malta oder Zypern befreien zumindest ausländische Zinseinkünfte von ihrer nationalen Besteuerung. ●

→ WEITERE INFOS

Als Abonnent von LEXinform Steuern Recht und Wirtschaft bietet Ihnen das Fachportal International strukturierte Informationen für weltweit mehr als 100 Länder. Neben wirtschaftlichen Eckdaten und Trends finden Sie ebenso schnell steuerliche und rechtliche Informationen. Zudem sind über LEXinform die einzelnen OECD-Musterabkommen, alle mit Deutschland geschlossenen Abkommen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie auf dem Gebiet der Erbschaft- und Schenkungsteuern abrufbar. Wertvolle Unterstützung bietet der DATEV-Praktiker-Kommentar OECD-MA, der Rechtsprechung, Verwaltungsanweisungen und Literatur zum DBA-Recht erschließt und auf die entsprechenden LEXinform-Dokumente verlinkt. Bestandteil des Kommentars sind auch Abkommensübersichten, die einen tabellarischen Vergleich der Artikel der einzelnen Länder-DBAs mit den thematisch entsprechenden Artikeln des OECD-Musterabkommens enthalten. Umfassende Informationen zum Außensteuerrecht einschließlich der Kommentierungen zum AStG vom Lippross Basiskommentar runden das Angebot ab. (Art.-Nr. 65 535). Bei individuellen Länderrecherchen steht Ihnen der DATEV Recherchedienst zur Verfügung (E-Mail: recherchedienst@datev.de)